

Das Wichtigste in aller Kürze:

.....
Familie und ihre Funktion befinden sich im Wandel.
.....

Pflege, Erziehung und/oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen eine große Herausforderung für Familien dar.
.....

Das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) reagiert auf Wandlungsprozesse und aktuelle familiäre Herausforderungen in Form eines neuen Lösungsansatzes.

Das Thüringer Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“

Systematisierung eines modernen Familienbegriffs
und Entwicklung einer zielorientierten Programmatik



Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V.

Ansprechpartner/innen: Prof. Dr. Jörg Fischer, Elisabeth Köditz, Simone Rieth
Altonaer Straße 25 | 99085 Erfurt | info@ikpe-erfurt.de

IKPE-ERFURT.DE

Familie im Wandel

Lebensmodelle verändern sich und somit auch das Zusammenleben in Familien. Das klassische Einverdiener-Hausfrauenmodell gibt es schon lange nicht mehr. Zunehmend sind beide Elternteile berufstätig. Väter nehmen Erziehungsaufgaben wahr, die noch vor 30 Jahren nicht denkbar waren. Auch neue Formen des Zusammenlebens von Familien, deren Mitglieder z. B. nicht alle in einem Verwandtschaftsverhältnis miteinander stehen, nehmen zu. Ein an dieser empirischen Realität orientiertes Verständnis von Familie hat sich daher die Frage zu stellen, ob mit dem gegenwärtig politisch vorhandenen Familienbegriff alle füreinander langfristig Verantwortung tragenden Gemeinschaften eingeschlossen sind. Dies meint neben klassischen Familienmodellen, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Lebenspartner/innen mit Kindern auch Gemeinschaften ohne verwandtschaftliche Beziehungen, die in einem familienähnlichen Verantwortlichkeitsverhältnis füreinander Sorge tragen.

Die neuen, heterogenen Familienformen und Familienzyklen stehen vor spezifischen Herausforderungen. Die Lebenserwartung in Deutschland steigt, allerdings auch damit einhergehend die Anzahl der zu pflegenden Personen. Zugleich bleibt die Geburtenrate auf einem niedrigen Niveau. Darüber hinaus sehen sich Familien mit der zunehmenden Arbeitsverdichtung und den sich verändernden Lebenszyklen mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf konfrontiert. Andererseits wird zukünftig noch stärker die Pflege von älteren und hochaltrigen Familienmitgliedern das solidarische Familienverständnis prägen.

Die Veränderung der Gesellschaft stellt deshalb auch an die Familienpolitik besondere Herausforderungen. Familienpolitik muss neben Kindern, auch die Älteren im Fokus haben. Solidarische Generationsbeziehungen sind dafür entscheidend.

Kritische Potenziale

Der notwendige politische Wandel des Familienverständnisses und der daran orientierten familienpolitischen Leistungen bedingt sich neben der Ausdifferenzierung von Familienformen zusätzlich insbesondere durch negative Geburtenzahlen, erhöhte Mobilitäts- und Abwanderungstendenzen jüngerer Personen aus dem ländlichen Raum, sowie durch den steigenden Altenquotienten.

Aus einer solidaritätsbezogenen Perspektive stellt sich die Frage, inwieweit die Thüringer Familien- und Sozialpolitik bereits systematisch sensibilisiert ist und eine ausreichende Unterstützung für ein solidarisches Zusammenleben gewährleistet. Konkret ist hierfür neben den bereits erwähnten Faktoren auch die Multilokalität von Familien, d.h. ihre vermehrt auftretende räumliche Trennung, die Dreifachbelastung der „Sandwich“-Familien durch Erziehung, Pflege sowie Beruf und die Vereinsamung der älteren Generationen zu beachten.

Wandel in der Familienpolitik?

Im Rahmen einer bedarfsorientierten Ausrichtung der Familienpolitik wird die Rücksichtnahme auf die beschriebenen Potenziale von besonderer Bedeutung sein. Daher wurde bereits 2014 im Rahmen des Koalitionsvertrages das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ beschlossen, welches auf den Wandel von Familie und Familienformen sowie die diversen familialen Bedarfslagen reagiert.

Das IKPE begleitet das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie bei der Entwicklung des Landesprogramms. Der Einbezug der wissenschaftlichen Perspektive eröffnet im Rahmen des Entstehungsprozesses steuerungsrelevante als auch inhaltliche Erkenntnisse, die für eine nachhaltige Gestaltung wichtige Impulse setzen.

Ein wenig mehr zum LSZ

Mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ werden nicht nur inhaltlich neue Impulse im Bereich der Thüringer Familienpolitik gesetzt, sondern auch eine Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung rückt in den Fokus. Ziele des Landesprogramms sind daher nicht nur die Schaffung familiengerechter Rahmenbedingungen, sondern auch die Stärkung der sozialen Infrastruktur für Leistungen der

Daseinsfürsorge und der kommunalen Eigenverantwortung auf Grundlage einer integrierten Sozialplanung.

Daran orientiert wurde in 2015 zunächst eine thematische Strukturierung des Landesprogramms mithilfe der Handlungsfelder des Leitbilds „Familienfreundliches Thüringen“ (2013) vorgenommen.

Um diese Handlungsfelder inhaltlich zu untersetzen, erfolgte durch das Institut eine Systematisierung bestehender Bedarfe von Familien, eine Zusammenführung daraus bisher resultierender familienunterstützender Leistungen der Landesebene sowie eine Zusatzforschung im Bereich „Dreifachbelastung von Familien durch Erziehung, Pflege und Beruf“.

Daran anschließend wurden regionale Workshops mit Vertreter/innen der Landesebene, Akteuren der kommunalen Verwaltungsebene und Vertreter/innen der freien Träger veranstaltet. Dies zielte einerseits darauf ab, die Beteiligten für die inhaltlichen und steuerungstechnischen Veränderungen der Thüringer Familienpolitik durch das Landesprogramm zu sensibilisieren. Andererseits dienten die Workshops dazu, das vor Ort vorhandene Wissen der familienpolitisch relevanten Akteure der kommunalen Ebene bezüglich familialer Bedarfe zu erheben sowie kommunale Angebote und Leerstellen zu identifizieren.

Die Systematisierung bestehender Bedarfe und vorhandener Angebote wurde mit den Erkenntnissen der regionalen Workshops verbunden, um die inhaltliche Ausrichtung des Landesprogramms weiter konkretisieren zu können.

Handlungsfelder des LSZ:

1. Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobilität
3. Bildung im familiären Umfeld
4. Beratung, Unterstützung und Information
5. Wohnumfeld und Lebensqualität
6. Dialog der Generationen

Funktionen von Solidarität:

- Funktion zur Gewährleistung von Inklusion im Sinne von Teilhabe- und Zugangsrechten
- Funktion zur Entwicklung einer kollektiven Identität, die die Entwicklung der persönlichen Identität fördert
- Funktion zur Stabilisierung der sozialen Ordnung und seiner Institutionen

(nach Thome 1998, S. 220f)

Sozialwissenschaftlicher Zugang

Der im Namen des Landesprogramms verwendete Begriff der Solidarität sowie der der Reziprozität werden seitens des Instituts zum Ziel einer wissenschaftlichen Fundierung in die Ausgestaltung des Landesprogramms eingespeist. Reziprozität wird hierbei verstanden als „die umfassende Eingebundenheit der Gegenseitigkeit in Beziehungen“ (Stegbauer 2011, S. 15). Dieses Prinzip der Gegenseitigkeit impliziert nicht nur die Gabe und Gegengabe von Leistungen unterschiedlicher Prägung im sozialen Kontext, son-

dern auch die Annahme, dass Reziprozität Bindungen herstellt und Sozialität hervorruft. Davon ausgehend, dass reziproke Elemente für menschliche Beziehungen konstitutiv sind, gilt es, dieses Prinzip für die Entwicklung einer Programmatik zum Landesprogramm mitzudenken.

Der wissenschaftliche Fokus liegt besonders auf der „intergenerationell generalisierten Reziprozität“ (ebd.). Diese umfasst neben direkten Gegenseitig-

keitsbeziehungen (Erziehung der Kinder/Pflege der Eltern im Alter) auch Reziprozitätsbeziehungen, die als Generationenketten, geprägt durch die Weitergabe von Leistungen an die nächsten Generationen, zu verstehen sind. Die Funktion der Generationenkette, entkoppelt von einer materiellen Ausrichtung und verstanden im Sinne von nutzbaren Potenzialen (z.B. Erfahrungswissen, frei verfügbare Zeit) der

älteren Generation, gewinnt an Bedeutung, die vor allem im Handlungsfeld „Dialog der Generationen“ Niederschlag finden soll.

Der Begriff der Solidarität kann hier anknüpfen. Ausgangsbasis ist die Annahme, dass der Antrieb zum solidarischen Handeln umso stärker ist, je zuverlässiger der Reziprozitätsmechanismus ist (Kraxberger 2010, S. 13). Von Solidarität kann dann gesprochen werden, „wenn eine Person einen freiwilligen Transfer von Gütern oder Leistungen an ein anderes Individuum vornimmt und dieser Transfer nicht Gegenstand eines ausdrücklich vereinbarten und institutionell durchsetzbaren Vertrages ist“ (Baurmann 1998, S. 345). Insbesondere moderne Gesellschaften, geprägt durch Anonymität, Multilokalität und Mobilität, sowie das sozialstaatliche Wohlfahrtsprinzip, bedürfen der Ergänzung gesellschaftlicher Solidarität.

Solidarität wird so als gesellschaftliches Produkt begriffen, das im Kontext zwischenmenschlicher Beziehungen große Relevanz besitzt, jedoch nicht ausreichend gedeckt ist und durch funktionale Leistungen der politischen Ebene gestärkt werden kann.

Ergebnisse einer Zusatzforschung im Rahmen des Landesprogramms:

- Die ältere Generation hat im Sinne der Reziprozität vor allem in Bezug auf Pflege hohe Erwartungen gegenüber der jüngeren Generation.
- Besonders weibliche Familienangehörige sind durch vorherrschende Geschlechterrollen in die Pflege der Angehörigen eingebunden.
- Es lässt sich von einer Doppelbelastung vor allem von Frauen („Sandwich-Generation“) ausgehen, die zusätzlich zur Pflege auch hauptsächlich für Kinderbetreuung zuständig sind – besonderes Belastungspotenzial. (Fischer et al 2016)

Inhaltliche Impulse

In den Entwicklungsprozess des Landesprogramms wurden fortwährend aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse eingespeist, beispielsweise die in Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren erhobenen Bedarfe von Familien. Hierzu wurden neben den bereits erwähnten Workshops mit familienpolitisch relevanten Akteuren über einen mehrmonatigen Zeitraum verschiedene Projekt- und Steuerungsgruppen der Landesebene wissenschaftlich begleitet, um auf einer gemeinsamen Ausgangsbasis bezüglich des Familienbegriffs das Landesprogramm weiter ausgestalten zu können. In einem weiteren Schritt gilt es, die Akteure für die mit den soziologischen Erkennt-

nissen um Reziprozität und Solidarität einhergehenden Anforderungen und besonders den Potenzialen vertraut zu machen und eine Programmatik für das Landesprogramm zu entwickeln, die in der konkreten Ausgestaltung der familienpolitischen Angebote aufgegriffen wird. Dies bedeutet für die wissenschaftliche Begleitung, deutlich zu machen, dass es neben direkt adressierten Angeboten (Beratung, Information u.a.) auch besonders der Angebote bedarf, die qua ihrer Ausrichtung in der Lage sind, solidarisches Handeln nicht nur zu ermöglichen, sondern auch langfristig zu fördern (Mehrgenerationenhäuser, Projekte zur Nachbarschaftshilfe u.a.).

Literatur:

Baurmann, Michael (1998): Solidarität als soziale Norm und als Norm der Verfassung. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.). *Solidarität, Begriff und Problem*. Suhrkamp: Frankfurt a.M. S. 345-388.

Kraxberger, Sabine (2010): *Solidaritätskonzepte in der Soziologie*. Momentum 10: Solidarität. Hallstadt.

Stegbauer, Christian (2011): *Reziprozität. Einführung in soziale Formen der Gegenseitigkeit*. 2.Aufl. Springer VS: Wiesbaden.

Thome, Helmut (1998): *Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung*. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.). *Solidarität, Begriff und Problem*. Suhrkamp: Frankfurt a.M. S. 217-262.